

# Unsere Wirklichkeit ist anders



Peter Rohland

Die Herausforderung der Migration war und ist ein Thema, das – zurückhaltend bewertet – im gesellschafts-politischen Diskurs nicht immer rechtzeitig und adäquat behandelt worden ist. Dabei dürfte doch ein Befund unbestritten sein – dieses Jahrhundert wird ein Jahrhundert der Migrationen werden, was ein Blick auf die Statistik bestätigt: In Deutschland hat jeder

fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund. Mit 12,7% an der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Migranten erster Generation mit dem eines klassischen Einwanderungslandes wie den USA mit 12,9% durchaus vergleichbar. In einigen Städten Westdeutschlands liegt der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bereits über 30% und bei den unter 25-Jährigen oft schon bei 40 bis 50%. Bei den Neugeborenen liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund sogar mancherorts bereits bei über 60%. Diese Daten sprechen eine deutliche Sprache: Deutschland ist eine demokratische Migrationsgesellschaft geworden.

Der Entwicklung zum Trotz wird im Zuge der EU-Integration gegenwärtig wieder viel über potenzielle Probleme der „Armutsmigration“ nach Deutschland diskutiert und oft auch polemisiert. Die Furcht vor negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sowie vor dem Missbrauch der Sozialleistungen steht in der Öffentlichkeit immer wieder im Mittelpunkt. Auch wenn sich gewiss Befürchtungen unter Hinweis darauf entkräften lassen, dass die Migranten der letzten Jahre mit weit mehr Humankapital ausgestattet sind als die Gastarbeiter der 1960er und 1970er Jahre und dies sich für Deutschland gesamtwirtschaftlich positiv auswirken dürfte, wird eine rein ökonomische Perspektive dem Migrationsthema nicht gerecht. Migration ist nicht nur ein Thema für den Arbeitsmarkt und unser Sozialsystem. Migration ist ein Strukturmerkmal moderner Gesellschaften und damit eine politisch-gesellschaftliche Herausforderung. Das Leben in Migrationsgesellschaften setzt voraus, sich immer wieder in neuen Kontexten zu orientieren, andere Lebensweisen kennenzulernen und über selbst- oder fremdgesetzte Grenzen hinaus zu denken. Charakteristisch für eine demokratische Migrationsgesellschaft sind demnach Grenzüberschreitungen mit den Füßen und den Köpfen. Die jüngeren Kultur- und Sozialwissenschaften beschäftigen sich ausdrücklich mit der Widersprüchlichkeit und Vielschichtigkeit von räumlichen und kulturellen Grenzbeziehungen und zeigen

die Brüchigkeit vermeintlich klar definierter Raum- und Kulturkonzepte auf. Sie fordern für das Leben in der Migrationsgesellschaft einen Wandel im Bürgerbewusstsein. Notwendig ist danach ein Konzept interkultureller politischer Bildung, das vermittelt, wie mit Angehörigen anderer Kulturen gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut und kulturell bedingte Konflikte bewältigt werden können.

Diese grenzüberschreitenden Perspektiven sehen sich aber mit einem aktuellen politischen Diskurs konfrontiert, der in den klassischen Grenzen denkt und sich hierfür die Kategorien „Heimat“, „Volk“ oder „Nation“ zurechtgelegt hat. Diese Ordnungskriterien zielen auf räumliche und kulturelle Grenzbeziehungen – erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Bild der „Festung Europa“ – und damit auf Trennlinien zwischen dem Eigenen und dem Fremden, dem „Wir“ und dem „Nicht-Wir“.

Eine demokratische Migrationsgesellschaft, die – wie es die *roadmap* des vhw formuliert – die Vielfalt unserer Städte in ihren sozialen, ethnischen, demografischen und ökonomischen Unterschiedlichkeiten als Chance begreift und die hierin liegenden Potenziale für die Stärkung der Stadtgesellschaft ausbauen will, kann weder als schwarz-weiße Dichotomie Migranten/Nichtmigranten noch als bunte Vielfalt von Kulturen gedacht werden. Sie ist vielmehr eine plurale Gesellschaft, in der die Menschen trotz wahrgenommener Unterschiedlichkeit in wechselseitiger Anerkennung von Gleichwertigkeit ihre Interessen aushandeln. Entscheidend für die Hebung der Potenziale einer demokratischen Migrationsgesellschaft ist also nicht ein Bürgerbewusstsein, das auf ein geteiltes Kulturkonzept setzt, sondern auf die Möglichkeit, im Wege moderner Formen der sozialen Inklusion alte Fragen (der Stadtpolitik) neu auszuhandeln.

Peter Rohland  
Vorstand des vhw e.V., Berlin